

Basellandschaftliche Zeitung  
4410 Liestal  
061/ 927 26 00  
www.basellandschaftlichezeitung.ch/

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 13'012  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 3  
Fläche: 57439 mm<sup>2</sup>

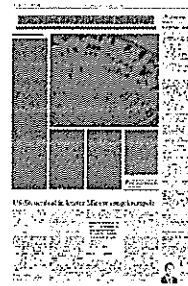
# Was, wenn das Parlament Nein sagt?

**Plan B** Notrecht, Einzellösung oder Eskalation:  
Das sind die Szenarien im Falle eines Scheiterns



Der Steuerstreit liegt jetzt in ihren Händen: Beugt sich das Parlament in Bern dem US-Druck von oben?

KEY



Basellandschaftliche Zeitung  
4410 Liestal  
061/ 927 26 00  
www.basellandschaftlichezeitung.ch/

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 13'012  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 3  
Fläche: 57'439 mm<sup>2</sup>

VON STEFAN SCHMID UND MARC FISCHER

Noch ist offen, wie die beiden Parlamentskammern im Bundeshaus den Steuerdeal mit den USA beurteilen werden. In ersten Reaktionen zeigten sich am Mittwoch zahlreiche Politiker äusserst skeptisch. Sie bemängeln den Zeitdruck und die Tatsache, dass die Katze im Sack gekauft werde. Insbesondere sei nicht klar, mit welchen Bussen die Banken zu rechnen haben und wie viele Institute in der Schweiz davon betroffen sein werden.

Um ein Scheitern des Gesetzes im Parlament zu verhindern, geht das Finanzdepartement in Bern in die Offensive. Es anerkennt den Informationsbedarf der Parlamentarier und verspricht zusätzliche, mündliche Informationen über das «Programm», das die USA den Schweizer Banken anbieten wollen. Schriftliche Dokumente werden allerdings weiterhin keine ausgehändigt, weil dies mit den Amerikanern laut Finanzministerin Widmer-Schlumpf so abgemacht wurde.

Was passiert, wenn das Parlament aber weiterhin keine Lust auf diese Hauruckübung hat und die Vorlage bachab schickt? Drei Szenarien stehen im Vordergrund.

• **Szenario 1:** Das Parlament lehnt ab und der Bundesrat bleibt inaktiv. Dieses Szenario birgt volkswirtschaftlich die grössten Risiken. Es steht daher laut mehreren Quellen aus der Bundesverwaltung nicht im Vordergrund. Für Martin Naville, CEO der schweizerisch-amerikanischen Handelskammer, würde sich der Streit dann sozusagen zu einem offenen Kampf zwischen den US-Behörden und den Schweizer Finanzinstituten ausweiten. «Sollte das Parla-

ment Nein sagen, wäre das Unverständnis auf US-Seite gross und Weiterverhandlungen wären wohl ausgeschlossen», so Naville auf Anfrage der «Nordwestschweiz». Gemäss Naville wäre zu befürchten, dass die USA dem juristischen Prozess gegen Einzelpersonen und Banken freien Lauf lassen würden – mit gefährlichen Folgen auch für grosse Schweizer Bankinstitute und damit die gesamte Volkswirtschaft.

«Wenn wir diesen Weg gehen, dann brauchen wir eine dicke Haut», sagt dazu Bundesrätin Widmer-Schlumpf. Die Schweiz müsste dann möglicherweise in Kauf nehmen, dass mehrere Banken in den USA auf der Anklagebank landeten.

• **Szenario 2:** Das Parlament lehnt ab und der Bundesrat gibt den Banken via Notrecht eine Handlungsvollmacht. Dieses Szenario, das namentlich von der SVP immer wieder gefordert wird, gilt im Bundeshaus als «nahezu ausgeschlossen». Auch Eveline Widmer-Schlumpf erteilte derlei Plänen am Mittwoch vor den Medien eine klare Absage.

Theoretisch ist es zwar möglich, dass der Bundesrat wie bereits 2008 im Zusammenhang mit der UBS-Affäre auf Notrecht zurückgreift. Verfassungsrechtlich und demokratiepolitisch wäre dies jedoch höchst bedenklich. «Man kann nicht Notrecht anwenden, nachdem sich das Parlament geweigert hat, ein Gesetz zu verabschieden», heisst es in der Verwaltung. Notrecht komme in Notlagen zum Zug, in welchen die Schweiz durch äussere Umstände zum raschen Handeln gezwungen werde. Doch mit Notrecht lasse sich auf kei-

nen Fall ein Parlamentsentscheid umgehen oder ersetzen.

• **Szenario 3:** Dritte und wohl plausibelste Variante: Das Parlament lehnt ab und der Bundesrat rettet je nach Gefahrenlage einzelne Banken mit einer Einzellösung. Die Regierung müsste in diesem Fall Institute von Artikel 271 des Strafgesetzbuches ausnehmen. Dieser untersagt Handlungen für einen fremden Staat, worunter Datenlieferungen zu verstehen sind. Allerdings wäre eine solche Bestimmung kein Freipass, weitere Gesetze wie beispielsweise Datenschutzbestimmungen zu verletzen. Widmer-Schlumpf geht deshalb davon aus, dass auch diese Variante vor Gerichten nicht bestehen würde.

Fazit: Der Bundesrat wird in den nächsten Tagen alles daransetzen, das Parlament von einem Ja zum Bundesgesetz zu überzeugen.

### Unter Zugzwang

Der **Steuerstreit mit den USA** kann nur entschärft werden, wenn das Parlament nicht bockt. Es muss in der am Montag beginnenden Sommersession dem **dringlichen Bundesgesetz** zur Lösung des Konflikts zustimmen. Dieses Gesetz liefert den Banken die Grundlage, um mit den US-Behörden zu kooperieren. **Der Zeitdruck ist gross.** Washington verlangt von der Schweiz bis Ende Juni grünes Licht. «Wir haben Anzeichen, dass die Amerikaner die Geduld verlieren», sagt Finanzministerin Widmer-Schlumpf. Dieser Druck erklärt, warum das Gesetz im dringlichen Verfahren beraten wird. (SSM)